

Zeitschrift: ZeitBild
Herausgeber: Schweizerisches Ost-Institut
Band: 22 (1981)
Heft: 19

Artikel: Konfrontation kriegt Kontur : in Polen geht das Nebeneinander zu Ende
Autor: [s.n.]
DOI: <https://doi.org/10.5169/seals-1094490>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

Download PDF: 18.04.2026

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

In Polen geht das Nebeneinander zu Ende

Konfrontation kriegt Kontur

In Polen hat es mit der Schelte der Partei für Solidarnosc nicht mehr sein Bewenden. Das Politbüro der PVAP erklärt die gegenwärtige Gewerkschaftsführung für verhandlungsunfähig, was einem Ultimatum gleichkommt, diese abzusetzen. Solidarnosc ihrerseits erklärt, sich nicht einschüchtern zu lassen. Und Moskau heischt öffentlich die Bestrafung der Gewerkschaften.

Als der Solidarnosc-Kongress am 9. September seine erste Session abschloss, war es klar geworden, dass er es mit den Arbeiterrechten auch im sozialistischen System ernst meinte. Das gilt nicht nur für die internationalistische Botschaft an die werktätigen Massen in den andern Ländern, eine ebenso logische wie präzedenzlose Sache (siehe S. 6), sondern zunächst auch für die innerpolnischen Verhältnisse.

«Wir wollen ein Polen bauen, so wie es die Polen selbst erträumt haben.» So Lech Walesa, als er am 5. September den Kongress eröffnete. Aber wenn man das will, muss man sich über ein bestehendes Bauverbot hinwegsetzen.

Das Programm, das der Kongress in sieben Punkten verabschiedet hat, ruft auf zur Verbesserung der Lebensbedingungen in Polen, zur Bildung einer Gesellschaft, die frei ist von Armut, Ausbeutung, Angst, Lüge und Terror, zum Prinzip der Gerechtigkeit und Gleichheit aller Bürger in einer demokratischen Gemeinschaft.

★★★

Man hat das in der Sowjetunion eine «antisozialistische Orgie» genannt. Die Reaktion war nur zu erwarten, aber inhaltlich ist sie eigentlich bemerkenswert, wenn man daran denkt, dass die «antisozialistische Orgie» von heute das sozialistische Versprechen von gestern war. Natürlich vor der Machtübernahme.

(Ähnlich paradox verhält es sich grundsätzlich mit den westlichen Urteilen, dass das Solidarnosc-Programm eine unnötige Provokation darstelle, besonders wenn sie von den gleichen Leuten gefällt werden, die sonst zu betonen pflegen, dass die Forderung nach sozialer Gerechtigkeit eine *notwendige* Provokation ist.)

Für die Sowjetführer ist das Bekenntnis zu dem, was sie früher selbst verkündet hatten und für das «Gegensystem» noch heute verkünden, zur «unverschämten Herausforderung an den Sozialismus und an die sowjetische Heimat des Sozialismus» geworden. Das ist mehr als nur eine «Flucht nach vorne», um den Bankrott der eigenen Gesellschaftspolitik zu vertuschen: es ist das Eingeständnis der fundamentalen Unhaltbarkeit der Systemansprüche. Die Polenkrise deckt nämlich auf,

- dass der immanente Konflikt zwischen Lohn und Kapital am stärksten in der sozialistischen Ordnung zutage tritt, womit eine Grundthese des Marxismus am «falschen Ort» verwirklicht wird;

- dass die Versprechungen von sozialer Gerechtigkeit, Gleichheit der Bürger vor dem Gesetz usw. gerade durch den Sozialismus zu toten Buchstaben geworden sind und ausserhalb der politischen Agitation keinerlei Verwendbarkeit mehr haben.

★★★

In den sowjetischen Betrieben hält man wegen Polen jetzt Massenveranstaltungen ab und lässt die Belegschaften gegen Solidarnosc-Texte protestieren, die man ihnen nicht zu lesen gibt. Vielleicht nicht ohne Erfolgsaussicht bedient man sich auch der Sündenbock-Taktik und beschuldigt die polnische Arbeiterschaft, durch ihre Streikaktionen das Lebensniveau der Leute in der Sowjetunion und in der DDR nach unten zu drücken. Die Partei inszeniert die «Protestversammlungen» gegen Polen jetzt auch im brüderlichen Ausland.

Ist das auch schon die letzte Vorbereitungsstufe zu Gewaltakten gegenüber dem polnischen Volk?

Die direkte Militäraktion im Stile von Budapest 1956 oder Prag 1968 ist und bleibt eine Möglichkeit. Man *kann* eine Massenbewegung von Arbeitern, Studenten und Bauern mit Waffen besiegen; man hat damit bloss noch nicht die Kontrolle über das Land. Indessen bietet der Sozialismus immer noch eine Vielfalt von Mitteln, um die Herrschaft der Partei zu sichern und die langfristige Ausbeutung des Volkes zu ermöglichen.

★★★

Die beste Möglichkeit ist nach wie vor die sozialistische Gesellschaftsstruktur selbst. Hierbei steht der gesamte Wirtschaftsprozess unter Aufsicht der Partei. Sie legt Menge und Qualität der Produktion fest, sie bestimmt die Preise. Die Güterverteilung findet nach dem «gesamtwirtschaftlichen Plan» statt, der seinerseits vom politischen Apparat bestimmt und kontrolliert wird.

Das allein schon gibt der Parteiführung materielle Erpressungsmöglichkeiten in die Hand, die enorm sind. Mit welcher massenmörderischen Wirkung sie schlimmstenfalls gehandhabt werden können, zeigt uns das Beispiel der sowjeti-

Zitiert...

«Es ist jetzt egal, ob wir die Begriffe Revolution und Konterrevolution verwenden. Ueberhaupt sind hier jegliche semantischen Erwägungen wenig von Nutzen.»

*Der polnische Vizeministerpräsident
Mieczyslaw Rakowski im «Spiegel»,
14. 9. 1981*

schen Geschichte. Zur Kollektivierung der Landwirtschaft bediente man sich zur Ueberwindung des bäuerlichen Widerstandes einer künstlich herbeigeführten Hungersnot. In der Ukraine allein gab es Millionen von Todesopfern. Die Parteiführung kümmerte das nicht; das Bedürfnis der Macht und das Alibi der Menschheitserlösung hatten Vorrang.

In Polen gibt es gewiss kein Massensterben, aber zur Unterwerfung der Gewerkschaften setzt die Parteiführung unter anderm auch Mittel ein, die im Prinzip analog sind. Man stellt die Lieferung durchaus vorhandener Konsumgüter absichtlich ein, um das Versorgungsniveau zu verschlechtern (was dann als «Folge der Streiks» ausgegeben wird). Man hat ebenso absichtlich den Nachschub von Kohle und Rohstoffen in polnische Betriebe gestoppt oder heimlich umgeleitet, Richtung Bruderländer.

Die Partei stellt auch den «totalen Zusammenbruch der Wirtschaft» und «die Schliessung der Betriebe» in Aussicht. Damit hofft sie, die aufreißerischen und «konterrevolutionären» Arbeiter zum Gehorsam zu zwingen. Motto: «Je schlechter für das Volk, desto besser für den Sozialismus.» Der Hunger ist eine brauchbare Waffe, und man kann erst noch dem Gegenspieler die Schuld dafür zuschieben. Und wie gesagt, gibt es zu diesem Vorgehen einen marxistischen Erfahrungsschatz.



Der Kongress von Solidarnosc: Internationalistische Solidarität mit den werktätigen Massen, ergo anti-sozialistisch und konterrevolutionär.



Demonstration in Polen: «Reformen ja, Preissteigerungen nein.»

Stefan Kisielewski

Paris im August

Hier sind Auszüge aus einem Feuilleton, das der liberale katholische Publizist in der Krakauer Wochenzeitung «Tygodnik Powszechny» (6. 9. 1981) veröffentlicht hat.

Dank ihrem erst leicht gebrochenen Monopol in Presse und Informationswesen leitet die Partei eine regelrechte Desinformationskampagne, um den Gewerkschaften die Verantwortung für die schlechte Wirtschaftslage (die von Partei und System hervorgerufen ist) zuzuschreiben. Und die Propaganda selbst ist nur Auftakt zu direkten Gewaltakten gegen die Gewerkschaftler.

● Albin Siwak (ein Funktionär, den man im Politbüro als «Arbeiter» aufführt), ein Sprachrohr der Warschauer KGB-Residentur, hat am 14. September an einer Pressekonferenz (für die Korrespondenten der sozialistischen Länder) erklärt: «Man muss die Solidarnosc verbieten (...) Wir haben dazu (um das Verbot durchzusetzen) genügend Leute in Sicherheitsdienst und Armee.»

● Das Politbüro der Partei hat die Erklärung abgegeben, dass es die gegenwärtige Führung von Solidarnosc nicht als Verhandlungspartner anerkennt. Das ist de facto ein Ultimatum, mit dem man die unabhängige Gewerkschaft entthronen will.

Dem Parteiapparat geht es also darum, die unbotmäßigen Elemente von Solidarnosc zu eliminieren. Gleichzeitig will man die Bevölkerung einschüchtern; sonst lässt sich die Aktion mit landeseigenen Mitteln nicht abstützen. Solidarnosc ihrerseits ist gewillt, sich nicht einschüchtern zu lassen. So bleibt die «brüderliche Hilfe» in dieser oder jener Form das entscheidende Element.

gd



Prawda (Wahrheit): Der nackte König und die nackte Wahrheit. («Szpilki», Warschau, 6. 9. 1981)

Für die Franzosen sind Seitensprünge eine natürliche Sache. Als ihnen die Eitelkeit eines Giscard und die apodiktischen Vorträge eines Barre doch zu langweilig wurden, wählten sie Mitterrand. «Keine Angst», hat mir ein Pole gesagt, «der ist genau so sozialistisch wie du und ich.» Demgegenüber haben die Franzosen den Wechsel nicht so leichtfertig aufgenommen. Die Staatsbeamten, Polizisten und Fernsehleute haben sofort auf die Ideen der neuen Herren umgeschaltet.

Selbst in seiner milden Version schafft so ein Sozialismus im Nu 200 000 zusätzliche Arbeitsplätze im Verwaltungsbereich. Fürs erste erhöht er auch Altersversicherung und Löhne, aber früher oder später wird er sein Werk vollenden und Frankreich verarmen lassen. Da ist keine Anomalie dabei. Der Sozialismus will es bekanntlich immer besser machen, und ebenso bekanntlich ist das Bessere der Feind des Guten.

Kapitalflucht, Kursstürze, Inflation und Bürokratenmacht werden ihr vorbestimmtes Unheil anrichten, aber man darf auf Bewahrung des französischen Lebensstils und des inneren Gleichgewichts hoffen. Für die kritischen sieben Jahre. Danach wird die Herrschaft Mitterrands unweigerlich reif für die Niederlage sein. Er weiss es noch nicht; ich weiss es.

Inzwischen läuft hier fast alles so privatwirtschaftlich wie immer: die Bistros, die Bäckereien und die Läden. Die Franzosen würden sie mit Messern verteidigen, wenn es sein müsste; eine Freude. Die Verstaatlichungswelle erfasst nur Grossunternehmen und Banken, und es ist in Frankreich — wie man unter de Gaulle gesehen hat — sogar möglich, dass dieser Prozess ohne ihre gänzliche Ruinierung abläuft.

Es ist interessant, dass in Westeuropa die «Linke» mit Wohlwollen auf die Verstaatlichungen blickt und sie als «soziale Therapie» ansieht.

Was nützt es dem Volk, wenn seine Industrie von Bürokraten geleitet wird statt von Industriemanagern? So kann ich hier fragen, aber dort will niemand darüber nachdenken. Auch der Reiche nicht, denn er kriegt ja seine Entschädigung und seinen Zins.

Vor den Kommunisten hat man in Frankreich keine Angst. Sie befinden sich schon insofern in einem Dilemma, als Frankreich heute, da sie an der Regierung mitbeteiligt sind, aussenpolitisch stärker auf die USA ausgerichtet ist als unter Giscard. Reagan findet nicht nur publizistische Beachtung, sondern wird auch geachtet, trotz oder wegen des hohen Dollarkurses.

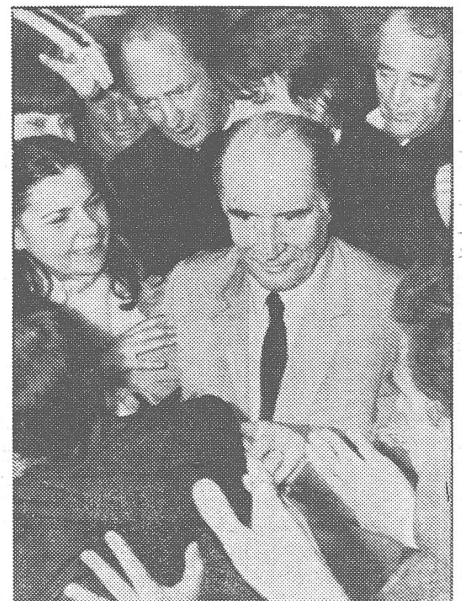
Man schätzt in Frankreich gute Arbeit, und die politischen Demonstrationen finden vorwiegend an Sonn- und Feiertagen statt. Soll die Jugend ihr Vergnügen haben; das ist ihr Recht und Privileg. Andere haben andere Sorgen.

Das neue Paris findet im alten Paris statt. Das alte Frankreich fühlt sich unter Mitterrand jünger und freut sich darüber. Und im übrigen ist jedes neue Jahr einmalig und unwiederholbar, auch wenn es dem vorangegangenen ähnlich sieht. Das Wertvollste am Leben ist das Leben selbst.

Mitterrand ist ein «Vollblutfranzose» und versteht das, auch wenn seine Mannschaft radikal aufspielt. Er kennt die Probleme. Er weiss, dass Verstaatlichungen, Sozialleistungen und Feriengeld hübsche Worte sind, hinter denen aber Preissteigerungen, Währungszersplitterung und Kapitalflucht nicht lange auf sich warten lassen werden.

Als rechter Franzose schätzt Präsident Mitterrand die konkreten Dinge mehr als die inhaltlosen Ideen. Hoffen wir also, dass er den Sozialismus eher bremsen als beschleunigen wird. Dass er es nicht darauf ankommen lässt, von seinen Landsleuten gefragt zu werden: Genosse, ist das hier schon der Sozialismus, oder kommt es noch schlimmer?

Der Pendelschlag nach links wird auf jeden Fall noch interessante Folgen haben. Die Leute wissen, dass man alles bezahlen muss. Das heisst, die professionellen Jungrevolutionäre von Saint Germain brauchen nicht daran zu denken, weil sie andere bezahlen lassen, aber die einfachen, werktätigen Menschen, die wissen es.



Präsident Mitterrand: Mehr Sinn für konkrete Dinge als für inhaltlose Ideen.